

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Umdruck 20/4857

## GEW-STELLUNGNAHME

Die GEW nimmt zu den Anträgen

- Für eine Schulkultur gegen Rechtsextremismus – Handlungsempfehlungen für Schulen, Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 20/3059
- Für eine Schulkultur gegen jeglichen Extremismus – Handlungsempfehlungen für Schulen, Alternativantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 20/3096
- Antidemokratische, menschenfeindliche, rechtsextreme und andere extremistische Haltungen an Schulen nicht akzeptieren – Schulen unterstützen Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 20/3099

wie folgt Stellung:

Die GEW hält es für richtig, dass eine demokratische Schulkultur gefördert werden soll. Eine solche Schulkultur muss antidemokratischen und menschenfeindlichen Haltungen wirksam entgegentreten können. Die derzeitige gesellschaftliche Lage zeigt, dass der Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie darstellt. Jede Aufweichung dieser sozialen Tatsache unterminiert die reale Gefahr für die Demokratie, die von rechtsextremen Kräften ausgeht. Daher unterstützt die GEW die Stoßrichtung des SPD-Antrages, dass das Land einen Fokus auf Rechtsextremismus setzen muss. Leitfäden und Handreichungen alleine ergeben aber keine resiliente und demokratische Schulkultur.

Lehrkräfte schwören auf die Verfassung. Sie haben daher die Pflicht diese zu verteidigen und sich für demokratische Werte im Sinne der Verfassung stark zu machen. Dazu zählen der Einsatz für Demokratie und Vielfalt, aber ebenso das Entgegentreten gegen Rechtsextremismus und Verfassungsfeindlichkeit, wie wir es auch durch die AfD erleben. Dies steht auch ausdrücklich im Schulgesetz Schleswig-Holstein (SchulG §4(2)), wie auch der Antrag der CDU und Bündnis90/Die Grünen (Drucksache 20/3059) erwähnt. Im Sinne einer demokratischen Schulkultur fordert die GEW das Land auf, alle Lehrkräfte darüber zu informieren, dass Lehrkräfte politisch nicht neutral sein dürfen. Dies stellt nicht – wie gerade in rechtsextremen Kreisen gerne behauptet – einen Bruch des Überwältigungsverbots im Sinne des Beutelsbacher Konsens dar, sondern ist notwendiger Bestand demokratischer Bildung. Das Einstehen von Lehrkräften für demokratische Werte ist ein notwendiger Grundpfeiler einer demokratischen Schulkultur.

Für die Aufgabe der Demokratiebildung müssen Schulen und das Schulsystem so ausgestattet sein, dass die Erfüllung dieser Aufgabe leistbar ist. Es ist nicht hinnehmbar, dass

wichtige bildungs- und gesellschaftspolitische Inhalte dem Sparzwang zum Opfer fallen. Sinnstiftende präventive Arbeit braucht Zeit und Koordination. Daher fordern wir, dass alle Schulen die Möglichkeit bekommen, eine Lehrkraft als „Koordinator\*in für Demokratiebildung“ zu benennen. Dieses Amt ist nicht gleichzusetzen mit den Vertrauenslehrkräften. Der\*Die Koordinator\*in hätte zum einen die Aufgabe, sich selbst fortzubilden und als Multiplikator\*in diese Inhalte in die Schule zu tragen, zum anderen sollte er\*sie als Netzwerker\*in agieren und schulisches mit außerschulischem Lernen verknüpfen. So könnten sowohl Schüler\*innenprojekte als auch Lehrkräftefortbildungen optimal unterstützt werden. Für diese Aufgabe sind je nach Größe der Schule ein bis vier Ermäßigungsstunden zu gewähren.

Die GEW bekräftigt zudem ihre Forderung, dass Fortbildungen generell kostenneutral für Lehrkräfte angeboten werden müssen. Derzeit müssen Lehrkräfte etwa die Fahrtkosten für den Weg zu Fortbildungen selbst tragen.

Darüber hinaus müssen Schulen besser in die Lage versetzt werden, auf Sorgen, Nöte und Ängste der Schüler\*innen eingehen zu können, um dem Abrutschen in rechtsextreme Deutungskreise präventiv entgegen treten zu können. Dafür braucht es unter Anderem mehr Schulsozialarbeiter\*innen. Der vom Landesarbeitskreis Schulsozialarbeit empfohlene Personalschlüssel von einer Fachkraft für 150 Schüler\*innen wird in der Regel massiv unterschritten.

Die Anträge der SPD (Drucksache 20/3059) und der FDP (Drucksache 20/3096) fordern Handlungsempfehlungen, wie etwa mit verfassungsfeindlichen Symbolen oder mit „rechter Hetze“ umgegangen werden solle. Das erfordert, dass Lehrkräfte rechtsextreme Symbole, Kleidung, Codes und kulturelle Praktiken erkennen können. Um die Lehrkräfte zu unterstützen, braucht es für Lehrkräfte einen niedrigschwelligen Zugang zu einem zentralen Informationsportal, um bei einem Verdachtsfall entsprechend an Informationen über Symboliken und Praktiken zu gelangen. Solch ein Portal muss online vom Land bereitgestellt und laufend aktualisiert werden, um den sich stetig ändernden Codes Rechnung zu tragen. Die Anträge verweisen zudem auf die Notwendigkeit von schulexternen Akteur\*innen und Expertisen. Schule und Unterricht profitieren von einer gut ausgebauten sozialen Infrastruktur und der Kooperation mit (regionalen) Projekten und Akteuren. Für eine demokratische Schulkultur ist externe Expertise etwa zu Rechtsextremismus unerlässlich. Deshalb fordert die GEW, dass auch (regionale) Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, Projekte der Demokratieförderung und ähnliche zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Externe Akteur\*innen stellen einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung in Schulen dar. Dazu gehören auch außerschulische Akteur\*innen der Jugendbildung, wie zum Beispiel die DGB-Jugend mit ihren Projekttagen „Demokratie und Mitbestimmung“ an Berufsschulen. Im Sinne einer demokratischen Schulkultur sollten bereits etablierte Strukturen wie das Schulnetzwerk „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ erneut fokussiert werden.

# STELLUNGNAHME

Wir verweisen an dieser Stelle auch nochmal auf unsere Stellungnahme zum Landesaktionsplan gegen Rassismus vom Februar 2024. Von diesem Landesaktionsplan ist bislang wenig umgesetzt worden. Es mangelt also nicht an guten Ideen, sondern am Umsetzen dieser.

Demokratische Schulkultur basiert nicht nur auf der Vermittlung von Wissen, sondern auch auf dem Erlernen von demokratischen Strukturen und Prozessen und einem demokratischen (Schul-) Alltag. Schüler\*innen müssen mit demokratischen Strukturen und Prozessen vertraut werden. Die Juniorwahl stellt dafür ein Beispiel dar. Das Konzept der „Demokratie Kitas“ sollte hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten auch auf Grundschulen übertragen werden. Allgemein müssen Schüler\*innen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Dadurch kann Demokratie erlernt und erfahrbar werden. Dies fördert aus unserer Sicht eine resiliente Schulkultur gegen Rechtsextremismus.

GEW Schleswig-Holstein 27.05.2025